

A n t w o r t

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Bernhard Braun (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
– Drucksache 17/11713 –

Vorzeitiger Abbruch des „Green-City-Tickets“ in Ludwigshafen

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/11713** – vom 16. April 2020 hat folgenden Wortlaut:

Das „Green-City-Ticket“, das mithilfe einer Bundesförderung als vergünstigtes Ticket in Ludwigshafen angeboten wurde, wurde aufgrund der hohen Nachfrage und nicht genügender Mittel des Bundes vorzeitig gestoppt. Die eigentliche Laufzeit war bis Ende 2020 vorgesehen, nun endete das Ticket bereits Ende März 2020. Ziel des Tickets war es, die Stickoxidbelastung in stark betroffenen Städten zu verringern, indem zusätzliche Fahrgäste für den ÖPNV gewonnen werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung hinsichtlich der Erfolge (bspw. erhöhte Fahrgastzahlen) des „Green-City-Tickets“ in Ludwigshafen vor?
2. Wie haben sich die Stickoxidemissionen in Ludwigshafen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt (bitte um Aufschlüsselung nach Monaten)?
3. Welche Gründe führten aus Sicht der Landesregierung zum vorzeitigen Abbruch des erfolgreichen Projekts?
4. Inwieweit hat sich die Landesregierung für eine Fortführung des Projekts eingesetzt?
5. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um den ÖPNV in der Stadt Ludwigshafen und im Umland zu fördern, vor allem vor dem Hintergrund der starken Verkehrseinschränkungen aufgrund des Umbaus der Hochstraßen?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 20. Mai 2020 wie folgt beantwortet:

Das angesprochene Projekt „Green-City-Ticket“ war letztlich ein Projekt der Stadt Mannheim, die mithilfe von Fördergeldern aus einem Bundesprogramm zeitlich befristet die Einführung eines verbilligten City-Tickets testen und die Wirkungen auf den Verkehr erproben wollte. Aus tariflichen Gründen, die in der Struktur der Großwabe liegen, war die Stadt Ludwigshafen in das Projekt einbezogen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die vorbezeichnete Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Landesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Zu Frage 2:

An der am stärksten belasteten Messstation Heinigstraße gingen die Werte von 47 Mikrogramm je Kubikmeter ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) Luft im Jahr 2014 stetig auf 38 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ im Jahr 2019 zurück. Auch an allen anderen Messstationen sanken die Werte stetig. Eine Auswertung nach Monaten steht der Landesregierung nicht zur Verfügung, wobei Jahreswerte ohnehin in diesem Bereich eine stärkere Aussagekraft haben als die schwankenden Monatswerte.

Zu Frage 3:

Die Stadt Mannheim teilte dazu in einer Pressemeldung mit, dass die Fördergelder für das Projekt nun verbraucht sind und eine Anschlussförderung durch den Bund nicht erreicht werden konnte. Die Einnahmefälle im ÖPNV in Höhe von mehreren Millionen Euro jährlich könne die Stadt Mannheim nicht alleine tragen.

Zu Frage 4:

Die Landesregierung war in das Projekt nicht einbezogen.

Zu Frage 5:

Derzeit wird unter Beteiligung aller Akteure im Verkehrsbereich für die Stadt Ludwigshafen ein Verkehrskonzept erarbeitet, welches alle Verkehrsträger umfassen soll. Dabei stehen die Umbauten im Bereich der Hochstraßen und die dadurch sich ergebenden verkehrlichen Auswirkungen im Mittelpunkt der Überlegungen. Hier ist die Landesregierung in den verschiedenen Arbeitsbereichen teilweise in leitender Funktion vertreten.

Dr. Volker Wissing
Staatsminister